



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Youth-Safety-by-Design jetzt umsetzen

Aktuell seit 26.06.2026 13:50:34

Angegeben von:

HateAid gGmbH (R001880) am 03.03.2026

Beschreibung:

Politik, Plattformen und Zivilgesellschaft sollen verbindliche Maßnahmen zur Bekämpfung digitaler Gewalt und von Antisemitismus online umsetzen. Dazu gehören: verpflichtende Einführung von „Youth-Safety-by-Design“ für große Online-Plattformen, um Risiken für Kinder und Jugendliche von vornherein zu minimieren; Stärkung des Trusted-Flagger-Netzwerks, um zivilgesellschaftliche Organisationen als anerkannte Stellen bei der Meldung antisemitischer Inhalte zu etablieren; wirksame Durchsetzung von Altersgrenzen auf Plattformen; verpflichtende, datenschutzkonformer Zugang zu Plattformdaten für Forschung und Aufsicht; flächendeckender Ausbau von Beratung und psychosozialer Unterstützung für Betroffene; systematische Verankerung von antisemitismussensibler Medienkompetenz in Bildungseinrichtungen

Betroffene Interessenbereiche (6)

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

Internetpolitik [[alle RV hierzu](#)]

Kinder- und Jugendpolitik [[alle RV hierzu](#)]

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

Öffentliches Recht [[alle RV hierzu](#)]

Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Betroffene Bundesgesetze (2)

DDG [[alle RV hierzu](#)]

JuSchG [[alle RV hierzu](#)]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2603030004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]